

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verstellungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postenhalten anfragen. - Erhöht wöchentlich 10 Pfennig - Anschlag Nr. 53.

Leitungsamt: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind für die ersten 10 Zeilen und für die folgenden 10 Zeilen 10 Pfennig, für die folgenden 10 Zeilen 8 Pfennig, für die folgenden 10 Zeilen 6 Pfennig, für die folgenden 10 Zeilen 4 Pfennig, für die folgenden 10 Zeilen 2 Pfennig.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 299

Donnerstag, den 27. Dezember 1923

18. Jahrgang

Eine Sonntagsrede Poincares.

Poincare hat am vergangenen Sonntag in Courneuve bei einer Gedächtnisfeier eine politische Rede gehalten, die eine Ergänzung zu seiner politischen Kammerrede bildet.

Frankreich, so führte er aus, habe nicht leichtfertig (1) den Entschluß zu der Besetzung des Ruhrgebiets gefaßt und keineswegs eine Befriedigung aus nationaler Selbstbewußtsein damit erstrebt. Frankreich würde vom Reich nicht einen Heller in bar oder in Sachlieferungen erhalten, wenn die entworfenen Konferenzen fortgesetzt worden wären und wenn man sich mit zaghaften Einmüchternungsversuchen (2) begnügt hätte. Außerdem wäre Deutschland in der Lebensgefahr bedroht worden, daß die verbündeten Mächte allmählich auf den Versailles Vertrag verzichteten und nicht imstande wären, ihre Schuldforderungen einzutreiben. Mit einem Wort, es hätte keine Obstruktionspolitik (3) erloschen. Poincare betonte weiter, daß nur die Besetzung der Ruhr Deutschland zum Nachgeben bringe (4). Hätte die französische Regierung davon abgesehen, so wären die Folgen für Frankreich unvorstellbar gewesen. Auf wirtschaftlichem Gebiet würde man eine Reihe Rückschläge eingetreten und der französische Franken hätte einen größeren Tiefstand als jetzt erreicht.

In diesem Zusammenhang behauptete der französische Ministerpräsident, daß die gegenwärtige Teuerungspolitik nicht nur Frankreich, sondern die gesamte Welt heimische. Der Kredit Frankreichs wäre jedenfalls ohne die „Währungsreform“ völlig zusammengebrochen. Welt wie uns zum Handeln entschlossen und unsere Ausdauer über den passiven Widerstand triumphierte, erklärte Poincare, weil weder Deutschland noch die anderen uns zum Nachgeben gezwungen hätten, beschleunigen uns jetzt die bereits erzielten Resultate. Wir stehen noch nicht am Ziele. Doch nähern wir uns ihm mit jedem neuen Tag.

Poincare kam dann noch ausführlich auf die Konzessionen Frankreichs zu sprechen und fuhr fort: An den Tagen aber, an denen unser Land sich von den schlimmsten Gefahren bedroht sah, hat es sich bis zum äußersten verteidigt.

Wir stehen an der Ruhr und werden sie erst nach völliger Bezahlung verlassen.

Aber wir sind bereit, alle Verständigungsbedingungen zu prüfen, um die Zahlungen zu beschleunigen und zu sichern. Zum Schluß versicherte Poincare, daß es Frankreichs Aufgabe sei, auch den Frieden zu dienen (5). Frankreich habe seine Grenzen zurückgehalten und die „entwässerten Provinzen“ wiedererhalten. Es bestreite ein ungeheures Kolonialgebiet und stehe in der Vergangenheit wie in der Gegenwart von aller Welt geachtet da (6). Es erwarte weder für morgen noch für später etwas von einem Kriege, dessen Grauel es nie und dessen Drohung es vor neun Jahren verhindern wollte. Ein neuer Krieg erscheine Frankreich als Ungeheuerlichkeit. Es habe nur den einen Ehrgeiz, den Frieden zu bewahren (7) und daran mitzuwirken, daß die leidende Menschheit die Wohlstandlichkeit glücklicher Zeiten, Arbeitsfreudigkeit und Freude am Leben wieder findet.

Weltsche Wahrheit für Poincare.

Der „Neuzeitliche Courant“ schreibt zu Poincares Rede: Herr Poincare hat erklärt, wenn Deutschland im Besitz der Ruhr geblieben wäre, so würde es bald auf die französische Forderung nach Sachlieferungen antworten haben, Frankreich solle sie selbst holen. Das Wort erklärt, es ist ein großer Fehler Poincares, daß er eine solche Aussage deutscherseits nicht abgewartet hat, ein Fehler, den er Frankreich gegenüber niemals wird verantworten können; denn er wird doch selbst nicht glauben, daß die Besetzung, die ohne Schwierigkeiten erfolgte, unmöglich geworden wäre, wenn Deutschland einige Wochen später sich tatsächlich zum Nachteil Frankreichs mit Kohle versorgt hätte. Die Rechtfertigung der Besetzung ist die schwächste, die wir jemals von Poincare gehört haben; seine wirtschaftlichen Argumente sind nicht stärker. In Belgien sind die ortsüblichen Leute bedrückt so weit, daß sie nicht mehr bestreiten, daß die Ruhrbesetzung ein sehr schlechtes Geschäft ist.

Poincares „Tatsachen“ richtiggestellt.

Die Reichsregierung zur Kammerrede.

WZV. meldet u. a.: Wenn der französische Ministerpräsident in seiner Kammerrede am Freitag das deutsche Reparationsangebot vom 2. Mai 1923 als lächerlich bezeichnet, weil es den vom Staatssekretär Hughes gemachten Vorschlag der Einsetzung einer unparteiischen internationalen Kommission aufnahm, so kam dieser Standpunkt ohne weiteren Kommentar dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen bleiben. Als eine direkte Entstellung des Angebots muß aber die Behauptung bezeichnet werden, daß nach dem Vorschlag der deutschen Regierung von den damals angebotenen 30 Milliarden Goldmark ein Betrag von 20 Milliarden Goldmark als bereits gezahlt hätte abgezogen werden müssen. Von einem derartigen Abzug war im Angebot in keiner Weise die Rede. Ebenfalls zu korrigieren sind die Angaben über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten, die der französische Ministerpräsident auf einen angeblich immer noch andauernden

Appell deutscher Staatsmänner an das Ausland.

Die Radiostunde am ersten Weihnachtstferntag wurde mit einem politischen Weihnachtsgruß des Reichskanzlers Dr. Marx eröffnet, in dem er nach einem Dank für die vom Auslande Deutschland gespendete Hilfe ausführte:

Die Briefe und Kundgebungen aus den ehemals feindlichen Ländern bewiesen, daß, trotz Verheerung und immer von neuem geschürten Chauvinismus, der Gedanke des Friedens auf Erden noch lebe. Trotzdem sei der wahre Frieden noch allzu fern.

Der Reichskanzler erinnerte an die Tausende Deutscher, die in finsternen Gefängnissen schmachten, weil sie ihre Pflicht als Deutsche taten, und an die von Haus und Hof vertriebenen deutschen Beamten usw. Nachdem er noch die Not des deutschen Mittelstandes gedacht hatte, hob der Kanzler hervor, die Befundung der deutschen Verhältnisse sei wesentlich vom Auslande her bedingt. Er betonte weiter, daß das deutsche Volk und die deutsche Regierung den Reparationsverpflichtungen weitmöglichst nachkommen wollen, daß sie es aber in dem sonst möglichen Maße nicht können, wenn man sie in den wirtschaftlich produktivsten Gebieten an Rhein und Ruhr nicht frei arbeiten lasse. Wo durch Bajonette wirtschaftliche Resultate erzielt werden sollen, werde die Arbeit nie erfolgreich und verdienstbringend gestaltet werden können. Er sei fest überzeugt, daß, wenn man Deutschland einen Beweis seines guten Willens vollbringen lasse, er überraschende Ergebnisse zeitigen würde. Deutschland habe erneut seinen Willen zu ehrlicher, offener Verständigung bekundet. Mit Deutschland richteten sich die Augen ganz Europas, der ganzen Welt dorthin, wo sich beweisen müsse, ob auch auf der Gegenseite der aufrichtige Wille zur Heilung der durch den Krieg und seine Folgerückwirkungen geschlagenen Wunden lebendig sei.

Deutschland erwarte von der Gegenseite das offene, ehrliche Wort der Bereitwilligkeit zur Verständigung. Vor allem endlich eine Tat der Verständigung. Es gehe nicht nur um Deutschlands Not und Schicksal, sondern um den Frieden, die Ruhe Europas.

Im Anschluß an den politischen Weihnachtsgruß des Reichskanzlers zu Beginn der Radiostunde im For-

deutschen Widerstand zurückzuführen zu können glaubt. Wenn der französische Ministerpräsident dann ferner die wirtschaftlichen Ergebnisse seiner „Währungspolitik“ auch jetzt wieder als „bedrückend“ bezeichnet, so braucht demgegenüber nur auf die Tatsache hingewiesen zu werden, daß die französische Wirtschaft infolge des Ausfalls der französischen Reparationslieferungen für einen Mehrimport an Kohle und Holz bis zum 30. September etwa 600 Millionen Franken vorausgab hat.

Der französische Ministerpräsident sagt in diesem Zusammenhang, daß die Ergebnisse der Abmachungen mit den deutschen Industriellen aus Reparationskonto zu berechnen seien, daß davon aber wenig die Kosten für die Besetzung abgezogen werden würden. Er verweist hinstimmend, daß Deutschland gegen einen derartigen Abzug der Besetzungskosten bei der Reparationskommission nachdrücklich Protest erhoben hat und daß die Entscheidung der Reparationskommission über diese Frage noch aussteht.

Der französische Ministerpräsident hat weiter ausgeführt, daß er keine Verpflichtungen eingehen werde, welche die Autarkie des Generalrats Deputierte schwächen oder die Freiheit der rheinischen Bevölkerung schädigen könnten und daß er sich zu keinem Manöver hergeben würde, das den Einfluß Berlins wieder auf eine Bevölkerung ausdehnen könne, die sich von diesem Einfluß zu befreien wünsche. Der Reichsregierung ist nichts bekannt, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete jemals den Schut und die Hilfe Frankreichs anrufen hätte, um sich vom Einfluß Berlins zu befreien. Bisher ist aus dieser Bevölkerung kein anderer als der Wunsch laut geworden, sowohl von den vertragswidrigen Maßnahmen der Besatzungsmächte als auch von dem Separatistengesindel befreit zu werden, das seinen Terror lediglich dank der französischen Unterstützung hat ausüben können.

Hoesch bei Poincare.

Neue deutsche Vorschläge.

Ministerpräsident Poincare hat am ersten Weihnachtstferntag nachmittags den deutschen Geschäftsträger Vorkaufsrat v. Hoesch empfangen. Die Unterredung dauerte fast eine Stunde. Vorkaufsrat v. Hoesch übermittelte dem französischen Ministerpräsidenten eine Reihe von Anregungen, die den Zweck haben sollen, zu einem modus vivendi im Rheinland und im Ruhrgebiet zu gelangen. Poincare hat mit dem deutschen Geschäft-

sträger Hans Braub der Reichstagsabgeordnete Reichsminister a. D. Dr. Scholz.

Er führte aus: Das deutsche Weihnachten 1923 bringe weder Frieden auf Erden noch den Menschen ein Wohlgefallen, von außenher die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, im Innern fast untragbare Lasten. Und doch sind hier und da vielleicht gewisse Ansätze zur Besserung erkennbar.

Aus eigener Kraft hat Deutschland in den letzten Wochen einen Weg aus dem Währungssektor gefunden. Dazu kommt das sichtbare Erstarren des nationalen Gedankens im Volke, nicht nur in Bürger-, sondern auch in Arbeiterkreisen.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Fleischer (Attr.) wies ebenfalls auf den Zielwiderspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit hin und wandte sich gegen den unterbesseren, lichten Hans zur Illusion. Noch immer denken, reden und handeln gewisse Kreise, als hätten wir nicht den gewaltigsten aller Kriege verloren. Uns bleibe keine andere Wahl, als im Willen zur Armut das Heil zu suchen. Statt dessen wählten wir von der Anstalt zu leben, die einige wenige auf Kosten der Gesamtheit reich gemacht hat, während unser Mittelstand, der beste Träger unserer Kultur, das Experiment mit dem Leben büßte. Während sich Deutschland im Innern selbst zerfleischte, führten wir gegen die waffenstarkenden Gegner eine Sprache, als ob wir eine Macht wären, oder man hoffte auf Hilfe, die von außen kommen soll. Vor allem aber müssen wir versuchen, eine sichtbare Gegenwart durch grenzenlose Opferbereitschaft und unerschütterliches Gottvertrauen zu meistern.

Als letzter Redner sprach der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Erbes. Die Hauptquelle unseres Schicksals liegt im Auslande, insbesondere in Frankreich. Über manches haben wir auch selbst verhandelt durch Vernachlässigung des Dienstes an Volk und Vaterland infolge einer einseitigen wirtschaftlichen Einstellung. Das Reich muß und bleiben, und wenn alles andere vergeht! Halten wir den Gedanken der Volksgemeinschaft hoch, stehen wir fest zur Republik!

träger die einzelnen Fragen durchgesprochen und erklärt er werde sich mit der belgischen Regierung und auch mit den in Betracht kommenden Organen, d. h. mit der Rheinlandkommission und den Besatzungsbehörden, in Verbindung setzen. Nach dem notwendigen Meinungsaustausch werde er dem deutschen Geschäftsträger seine Antwort zukommen lassen. Die Unterredung verlief in konstantem Tone. Vorkaufsrat v. Hoesch hat eine Niederschrift zurückgelassen, in der die Fragen erläutert werden, über die er mit dem französischen Ministerpräsidenten verhandelte.

Fast zu gleicher Zeit hat der deutsche Geschäftsträger in Brüssel eine ähnliche Demarche beim belgischen Minister des Auswärtigen Jaspar unternommen.

Debatte über Beamtenfragen in der französischen Kammer.

Die Kammer hat in einer Nachtstunde die Debatte über die Teuerungszulagen für die Beamten vorläufig abgeschlossen und folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es wird eine Kommission zwecks Revision der Beamtengehälter gebildet, die sich zu einem Drittel aus Vertretern der Beamtenschaft zusammensetzt. Diese werden von der Regierung ernannt.
2. Die Revision muß am 31. Oktober 1924 durchgeführt sein.
3. Die Familienunterstützung wird um 50 Prozent erhöht.
4. Die Aufwandsentschädigung für die Beamten ohne Dienstwohnung wird um 33 Prozent, für die Beamten mit Dienstwohnung um 15 Prozent erhöht.

Bei der Debatte über die Zusammensetzung der erwähnten Kommission hatte der Ministerpräsident die Vertrauensfrage gestellt. Die Regierung erhielt 399 Stimmen, 169 Abgeordnete stimmten gegen die Regierung. Im weiteren Verlaufe der Debatte wurde noch verlangt, daß die Bestimmungen des Regierungsentwurfes über die unter 3. und 4. angeführten Erhöhungen von der Tagesordnung abgesetzt würden. Ministerpräsident Poincare stellte darauf nochmals die Vertrauensfrage. Die Erhöhungen wurden mit 389 gegen 211 Stimmen und darauf der gesamte Entwurf durch Handaufheben angenommen. Die Forderung der Beamten auf 1800 Frank ist zwar nicht erfüllt worden; immerhin haben aber die Beamten durch die oben erwähnten Bestimmungen gegen früher einen Vorteil erlangt.

macht wo-
vorgenom-
durch eine
ge Wasser-
leitung un-
Stadt Berlin
licht für die
100 beorden-
in der Wäl-
würigen die
Mittwoch
Karne (Sol-
Aberrächt

Briefen an
erschienen
soll Wen-
algerie) in
nicht werden.
höhere Be-
platten Bar-
as Bild.
acht Tagen
dem schlagen
sich nicht, ob
das wissen
Klar Wilde
Lörde" war.
Bilde starrte
köst heraus:

Zum 10.
auch die
fremden Pro-
staate ein
Frankreich ein-
vante stiftete,
Hovenz. Die
des imwo-
gab den
Akademie-
ein freie
titamische
Bilde des
die sich nicht
mit gebau-
Flügeln um-
den Kämpfer
und kommt
An diesen

stalt

30-732.

00000.-

hängenden

hen Innig-
und fester
de einst
schwäche u.
begeh hatte.
Flur hin-
und stieg
f. Er fand
dem Schai-
unter dem
sten, höch-
ste Schlafen
des Schla-

ies Birkern
er. „Dein
gen!" Und
will ja lei-
vorangehen!
en Worten
Seele aber
vergangen-
plich in
stern über
er, stieg er
von seines
er stehend

die Brust
nd" drach
Sohnes zu

Die französischen Beamten demonstrieren. Der Beschluß der französischen Kammer, den Staatsbeamten die gestorbene Teuerungszulage von 1800 Franken nicht zu bewilligen, veranlaßte diese, am Weihnachtabend um 8 1/2 Uhr eine große Demonstration auf den Boulevards anzustellen. Insbesondere sollen die Weihnachtsfeier in den Pariser Restaurants gestört werden. Eine ähnliche Demonstration fand bereits vor einigen Tagen statt, wurde aber von einem Diesenspolizei-angebot in ihrer Ausbreitung verhindert.

Konflikt in der R. P. D.

Bei der angeblich verbotenen kommunistischen Partei haben sich die Gegensätze in den letzten Monaten stark verschärft. Das es der deutschen Parteileitung nicht mehr möglich gewesen ist, den Mitt zwischen dem rechten und dem linken Flügel zu überbrücken. Die radikalere Richtung vertritt Brandier, der nach seiner Reise nach Moskau sich erheblich gewandelt und seine turkistanischen Anschauungen revidiert hat. Die Führung des aberradikalen linken Flügels hat dagegen die bekannte Ruth Fischer, mit dem richtigen Namen Friedländer, übernommen, die seit ihrer in scharfem Gegensatz zu der Parteizentrale steht und die wiederholt in der R.P.D. schwere Krisen heraufbeschworen hat. Im Oktober d. J. wollte die radikale Richtung unter allen Umständen losschlagen. Die Parteileitung mit Brandier, der bemerkenswerter Weise damals in engen Beziehungen mit Nadel stand, war dagegen der Ansicht daß ein geschlossenes Vorgehen der R.P.D. nicht möglich sei und setzte, allerdings nach schweren Kämpfen seine Ansicht durch. So kam es denn zu einem Bruch zwischen den Führern und die Unstimmigkeiten setzten sich in dem Maße fort, daß eine Moskauer Vermittlung seinen Erfolg hatte. Deshalb hat jetzt das Exekutivkomitee für Februar voranschreitend in Frankfurt a. M. eine außerordentliche Parteizusammenkunft in Aussicht genommen, in der die Gegensätze dann endgültig geklärt werden sollen. Die Leitung dieser Tagung wird voraussichtlich einem Mitglied der Moskauer Exekutive übertragen werden.

Kleine politische Meldungen.

Die Besprechungen des Reichsfinanzministers in Süd-Deutschland. Bei der Kabinettssitzung, die anlässlich des Besuchs des Reichsfinanzministers Dr. Luther bei der badischen Regierung stattfand, wurden die gesamten schwebenden Finanzfragen erörtert. Einen breiten Raum nahm die besorgniserregende Neuordnung des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und der gesamten Wohlfahrtsfrage das Wohnungswesen und die Polizei zur selbständigen Erfüllung zu überlassen. Im Zusammenhang damit steht auch die Wärscht des Reiches, die Aufschläge zu den Beamtenbesoldungen abzubauen. Ferner fand die Uebernahme der Steuerhoheit an die Länder eine eingehende Besprechung, desgleichen alle die Bestimmungen, die in dem in den letzten Tagen herausgekommenen Entwurf einer Zwischengenerationsvertragung des Reiches vorgesehen sind, insbesondere die Frage der Aufwertung der Hypotheken und die Wärscht der Reichsregierung, die Renten, die bei der in Aussicht genommenen Umbenennung der Mietgesetzgebung durch die Nichtanerkennung der Aufwertung der Hypotheken frei würden, den Ländern und Gemeinden für die Besteuerung entweder in der Form einer besonderen Mietsteuer oder der Veranschlagung auf der Grundlage der Steuer vom Grundvermögen zu überlassen.

Eine Währungsreform in Amsterdam? Die Verhandlungen zwischen holländischen, englischen und amerikanischen Finanzleuten zur Beschaffung eines Währungsanleihe für Deutschland stehen vor dem Abschluß. Natürlich sind auch deutsche Banken an diesen Besprechungen beteiligt. Es handelt sich um die Gründung einer Währungsreformbank mit dem Sitz in Amsterdam und mit einem vorläufigen Kapital von 50 Millionen Dollar. Welcher Betrag außerhalb von deutscher Seite hinzukommt und ob eventuell die Deutsche Reichsbank auch beteiligt ist, darüber war Bestimmtes noch nicht zu ermitteln.

Carsten Curator.

Novelle von Theodor Storm. (A. Fortsetzung.)

Durch einen Freund in Hamburg hatte Carstens es möglich gemacht seinen Sohn dort in einem kleineren Geschäft unterzubringen. Indessen war trotz der Unterstützung, die er sich erkaufte, dies Ereignis seines Hauses schonungslos genau in der kleinen Stadt besprochen, freilich bei dieser Gelegenheit auch das Gedächtnis der armen Juliana nicht eben sanft aus ihrer Gruft hervorgeholt worden. Nur Carsten selbst erfuhr nichts davon. Als er eines Tages aus einem befreundeten Bürgerhaufe auffallend abdrückt nach Hause gekommen war, fragte Brigitte ihn besorgt: „Was ist dir, Carsten? Du hast doch nichts Schlimmes über unseren Heinrich gehört?“ — „Schlimmes?“ erwiderte der Bruder: „Neh, Brigitte; man hat, seit er fort ist, auch nicht einmal seinen Namen gegen mich genannt.“ — Und mit asiatischem Haupt ging er an seinen Arbeitstisch.

Briefe von Heinrich kamen selten, und oftmals forderten sie Geld, da mit dem geringen Gehalte sich dort nicht auskommen lasse. — Schon ging das Leben seinen stillen Gang; der alte Abraham im Hofe hatte wieder einmal geblüht und dann zur rechten Zeit und zur Freude der Nachbarkinder seine Frucht getragen. Besonders war nicht vorgefallen, wenn nicht, daß Anna den Heiratsantrag eines wohlhabenden jungen Mannes abgelehnt hatte; sie war feins von den Naturern, die durch ihr Blut der Ehe angetrieben worden: sie hatte ihre alten Pflegerkinder noch nicht verlassen wollen.

Als aber kurz vor Weihnachten Carstens seinem Sohne den plötzlich eingetragenen Tod des Senators gemeldet hatte, erfolgte in einigen Tagen schon eine Antwort, worin Heinrich seinen Besuch zum Weihnachtsabend ankündete. Eine Geldforderung enthielt der Brief

Sie Reichskommissar für Thüringen? Da Dresden der Reichsregierung war, wie in Weimar verlor, die Erlaubnis eines Reichskommissars für Thüringen einzusetzen, der an die Stelle der thüringischen Regierung treten soll.

Gegen den 14. Dezember. Die Gewerkschaftsvertreter und Vorkämpfer der Großhändler Industrie haben am Dienstag die Ablehnung des Reichstages in der Berliner Industrie beschloßen unter Androhung des Generalstreikes als letztes Kompmittel.

Leuchters Wahlprogramm. Leuchter hielt bei einem Bankett der republikanischen Vereinigung des Departements Nord in Lille eine Rede, worin er sein Wahlprogramm ausführlich darlegte. Man wird diesem eine gewisse Bedeutung beizumessen müssen, weil Leuchter in einer der nächsten Ministerkombinationen sicherlich ein wichtiger Posten mitzubringen haben wird. Leuchter forderte zunächst eine energische Aktion gegen die fortwährende Erweiterung des Franken, eine antikontinentalistische Politik müsse beibehalten werden. Vom veltischen Standpunkt herbezieht er seine Forderungen, aber auch die Durchsicht der Verträge in der religiösen Frage. Der Lohn der Arbeiter müsse verbessert werden. Besonders müsse die Gewerkschaftsbewegung anerkannt werden.

Ein Nachhintergebot. In Monte Rotondo fand die kirchliche Einführung einer Marienstatue zur Erinnerung an die Aufhebung der Schwarzenen am 28. Oktober 1922 statt. Die Statue, die mit Kränzen und einem Triumphbogen mit großer Jubel empfangen wurde, hielt bei der Feierlichkeit eine Rede.

Vor einer neuen russisch-französischen Annäherung. Stettin führt in der „Wirtschaft“ den von Herberich im Temps veröffentlichten Artikel über die Möglichkeit einer russisch-französischen Annäherung auf eine Ruverung seitens der französischen Regierung zurück. Er behauptet das von der Seite russische Beziehungen der politischen Interessen Frankreichs und Frankreichs, das bei dem letzten asiatischen Politischen Kongress am 1. November gekommen sei. Stettin meint Herberichs Schlußfolgerung über den durch die Verstaatlichung und Verstaatlichung französischer Kapitalien geschaffenen Schaden als irreführend. Stettin weist auf die wirtschaftliche Anreicherung der Sowjetunion hin, die ein wesentlicher Faktor bei den Verhandlungsmöglichkeiten. Sein Vorhaben, die russische Wirtschaft gegen den Rückgang durch die Intervention der Alliierten verursachten Schaden auszugleichen, ist ihm bei Überzeugung der letzten Innere nicht denkbar. Für Russland unmöglich sei die von Herberich geforderte Garantie der Integrität der russischen Nachbarn, somit die Anreicherung des Russen unzulässig. Ferner müsse Russland die Anerkennung der Bolschewisten von der Gewährung einer größeren Anleihe abhängig machen und es erwarte Herberich eine französische Gegenüberlegung, damit Verhandlungen angebahnt werden könnten.

Kommunistische Bewegung in Spanien und Portugal. Nach einer Meldung aus Havanna und Madrid sollte die Polizei die Unterdrückung einer kommunistischen Bewegung in Havanna und in Portugal ins Werk gesetzt werden sollen. In Havanna sollen in Madrid, Sevilla, Valencia, Palma, San Sebastian und in mehreren Bergwerkorten Arbeiter mit Verbindungen erfolgt.

Deutsches Recht. Die Regierung in Kopenhagen erhielt von Dänemark die Nachricht, er habe sich noch immer Ueberzeugung ertheilt, dem an ihn exponierten Ruf zu folgen und schnell nach Dänemark zu kommen, um zur Ordnung der Lage beizutragen, er beziehe aber auf seinem Entschluß, nicht auf die politische Linie zurückzutreten. Er werde am 29. Dezember von Kopenhagen abfahren und bleibe, um keinerlei Einwirkung zu vermeiden.

Uebernahme der mexikanischen Anleihe. Die mexikanische Anleihe in Paris ist durch Dänemark eine vollständige Übernahme über die Übernahme von Mexiko verbreitet. Darnach haben sich am Samstag mittags nach erlittener Kämpen die Anleihegruppen der Stadt Mexiko demütigt, wo das Gros der ausländischen Kräfte zusammengekommen war. Die Anleihe von 1000 Millionen mit Wärscht und Wärscht gemacht. Die Anleihe Anleihegruppen hätten sich zu freuen und würden von den Regierungen verfolgt. Die Operation in Richtung Anleihegruppen hätten begonnen. In der Nähe von Mexiko sei die Anleihegruppen bereit. Im letzten betrachte man die Anleihe Gruppen der Anleihegruppen be-

nicht; nicht einmal die Zinsen hatte er sich ausgesprochen.

Es war das eine Freudenbotschaft, die sofort im Hause verflüchtigt wurde. Und wie eine glückliche Kunde kam es über alle, da nun das Best heranzöste; die Eltern, die Carsten in Vorbeigehen mit seiner alten Schwester zu besichtigen pflegte, wurden länger; während er sich die geliebte Pflegerin hielt in einem Augenblick an beiden Händen und sah ihr lächeln in die besseren Augen.

Endlich war der Nachmittag des heiligen Abends herangekommen. Im Hause hatte eine erwartungsvolle Tätigkeit gewaltet; doch bald schien alles zum Empfang des Christkinds und des Festes vorbereitet. Von Arbeitstische, der heute von allen Rechnungen und Konten losgelassen war, blühte auf hübschem Damast das Regenschirm mit goldenen Verzierung, während daneben die Pflegerin einen Weihnachtsstuden bukten. Der Tisch gegenüber auf der Kammer war Heinrichs Bekleidung von den Frauen ausgebreitet; ein Tüchlein Sträußchen aus seltsamer Pflanzweise, woran die forglame Tante das ganze Jahr gewirkt hatte, daneben von Anna laubende Kränze eine verblühte Kranzwecke und eine arbeitslose Wärscht, durch deren Blätter die von Carsten geliebte Tante blühten. Dieser Tisch stand eben in den Reihen, um aus seinen beherrschenden Worten auch ganz besondere Kränze heranzubringen, die er wärscht von einem dunklen Schuppenstein zum Geschenk erhalten hatte; es sollte heute einmal nichts weiter werden.

Statt seiner Frau Tante Brigitte heretn, zwei blankpokerter Leichter in den Händen, auf denen schneeweiße russische Nichte in ebensolchen Papiermännchen fest, denn schon war die Dämmerung des heiligen Abends hereingebrochen; draußen schon die Scharen der kleinen Weihnachtskinder, und ihr Gesang löste durch

reits jetzt als einen entscheidenden Schlag gegen die Kuffandigen. Das Land sei an den Punkten, wo es vom Kuffand nicht berührt wurde, nach wie vor vollkommen ruhig. Nach der Meinung einer anderen Agentur aus Mexiko soll bei der Einnahme von Puebla der Führer der Kuffandigen, General Castro, gefolgt worden sein.

Von Stadt und Land.

Am 27. Dezember.

Anfragen an das sächsische Volksbildungsministerium.

Landtagsabgeordneter Prof. Dickmann (D. Vpt.) hat dem Landtag folgende Anfragen eingereicht:

1. Anfrage.

Durch eine Verordnung des Volksbildungsministeriums ist eine Anzahl von Lehrbüchern und Lehrbüchern für Geschichte, wegen ihres zum Teil für die Schulen eines republikanischen Staates nicht geeigneten Inhaltes verboten worden. Die von dem Verbot betroffenen Lehrbücher sind sämtlich im Unterricht ausgedrückt bewahrt und werden von den Sachverständigen hoch bewertet. Inwiefern sie für Schulen eines republikanischen Staatswesens ungeeignet sind, hat das Volksbildungsministerium nicht nachgewiesen. Gleichzeitig werden die Lehrervereinigungen der höheren Schulen angewiesen, alle noch im Schulgebrauch befindlichen Lehrbücher, Geschichtslehrbücher und Lesebücher, auch wenn sie in der Verordnung nicht aufgeführt sind, einer gewissenhaften Durchsicht darauflin zu unterziehen, ob sie für republikanische Schulen irgendwie ungeeignet sind. Lehrbücher sollen als ungeeignet befunden werden, wenn sie Kriegsbilderungen oder Stoffe irreführend religiösen Inhaltes enthalten. Hieraus ergibt sich, daß die Durchsicht nicht nach Hierarchien oder dogmatischen Gesichtspunkten vorgenommen werden soll, sondern daß gemäß elastischer parteiunabhängiger Einstellung der Schöler der Zugang zu den Quellen religiöser und nationaler Kräfte abgeschnitten werden soll.

Durch diese Verordnung wird neue Beurteilung in das Leben der höheren Schulen hineingebracht. Besonders muß die Anordnung bekunden, nach der die Lehrervereinigungen dafür verantwortlich gemacht werden soll, wenn ungeeignete Bücher noch länger im Schulgebrauch belassen werden. Durch das Verbot bewährter Lehrbücher wird zudem nicht nur der Unterricht geschädigt, sondern werden auch die Eltern zu erheblichen Ausgaben genötigt, die sie in einer Zeit, in der die Beschaffung der Schulbücher die größte Schwierigkeiten bereitet, abgeben. Ist das Volksbildungsministerium bereit, dieses Verbot zurückzugeben?

2. Anfrage.

Das Volksbildungsministerium hat in letzter Zeit wiederholt bei Besetzung von Lehrstühlen der Philosophischen Fakultät der Landesuniversität die Vorschläge der Fakultät nicht beachtet. So sind die Besetzungen von Prof. Dr. Schneider und Prof. Dr. Hoffmann in Widerspruch zu den Vorschlägen der Fakultät erfolgt und bei Verhandlungen über die Besetzung des Lehrstuhls für Soziologie sind die Vorschläge der Fakultät unberücksichtigt gelassen. Wie begründet die Regierung dies Verfahren, durch das die maßgebende Stelle des Sachverständigen ausschaltet und das Aussehen der Landesuniversität beeinträchtigt wird? Ist die Regierung bereit, bei Besetzung von Hochschullehrern das Vorschlagsrecht der Fakultäten künftig zu achten?

3. Anfrage.

Auf Grund von Paragraph 61 des Finanzausgleichsgesetzes hat das Reichsfinanzministerium der Regierung Reichsmittel zur Verfügung gestellt, die vorzugsweise zur Unterstützung von Privatschulen bestimmt waren. Nachdem zahlreiche ansehnliche Privatschulen, die um Zuschüsse nachgesucht hatten, bei der Ausschüttung der Reichsmittel übergegangen worden sind, wird die Regierung ersucht, darüber Auskunft zu erteilen, inwiefern an Privatschulen Zuschüsse gewährt worden sind und nach welchen Grundsätzen die Verteilung der Reichsmittel erfolgt ist.

Invalidenversicherung.

Goldbeiträge und Goldrenten vom 31. Dez. 1923 ab.

Durch die neue Verordnung hat das Reichsversicherungsministerium die Wochenbeiträge in den einzelnen Wohnklassen mit Wirkung vom 31. Dezember 1923 ab und die Rentenleistungen vom Monat Januar ab in Gold-

die Straßen: „Vom Himmel hoch, da komm' ich her.“

Als Carsten wieder eintrat, brannten auch die Aechter schon; die Stube sah ganz festlich aus. Die alten Geschwister wandten die Gesichter gegeneinander und blühten sich herzlich an. „Es wird auch Zeit, Carsten!“ sagte Brigitte: „die Post bringt immer schon um vier zu kommen.“

Carsten nickte, und nachdem er noch eilig seine Pflichten hinter dem warmen Ofen aufgeschoben hatte, langte er mit zitternder Hand seinen Hut vom Türhaken.

„Soll ich nicht mit Euch, Ohm?“ rief Anna; „hier ist für mich nichts mehr zu tun.“

„Nein, nein, mein Kind; das muß ich ganz allein.“ Mit diesen Worten nahm er sein Wanduhrwerk aus dem Uhrgehäuse und ging hinaus.

Das Postgebäude lag derzeit hoch oben in der Vorderstraße; aber es war völlig jenseits; ein leichter Frostschnee sank ebenmäßig herab. Carsten schritt rüchig vorwärts, ohne rechts oder links zu sehen; als er jedoch fast sein Ziel erreicht hatte, hörte er sich plötzlich anrufen: „O, Freunde, Freunde, nehmt mich mit!“ Und Herrn Jaspers' selbst in der Dunkelheit nicht zu verkennde Gestalt schritt aus einer Nebenstraße munter mit dem Schmutzstuche winkend, auf ihn zu. „Wart's schon“, sagte er, „Ihr wollt Euren Heinrich von der Post holen? Hab' nur gehört, soll ein Staatsfester geworden sein, der Junge Schwesendörfer!“

„Aber“, sagte Carsten, indem er längere Schritte machte denen der andere, mit beiden Armen schaukelnd nachzukommen strebte, „ich dachte, Jaspers, Ihr hätte niemanden zu erwarten!“

„Nein, Gott sei Dank, Carsten! Nein, niemanden! Aber — zum Heiler, Ihr braucht nicht so zu rennen! — man muß doch sehen, was zum Heben Zeit für Geld kommen.“

(Fortsetzung folgt.)

